

Die

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindruckere, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, d. deutsch. Senefelder Bundes, des Verbandes d. Formstecher, Drucker u. verw. Berufsgen. und der deutschen Vereine d. Auslandes.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Bg.-Katalog Nr. 2573.)

Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

### Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: **Rouard Müller, Schandig-Beipzig**, wohnt alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Gelbbeträge zu senden sind. Redaktionschluss: **Dienstag**.

### Insertion.

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinskassenzellen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinstimmung.

## Buzug ist fernzuhalten

für **Andrucker, Andrucker und Maschinenmeister**, sowie für **Lithographen** nach **Leipzig** in Firma **Wegel & Naumann**.

Der **Vorstand**.

J. A.: **Otto Sillier**.

### Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nachstehend nimmt der Ausschuss Veranlassung, die Bevollmächtigten der Zahlstellen an ihre Pflichten dem Ausschuss gegenüber zu erinnern.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß bei Differenzen mit Arbeitgeberern es unterlassen wurde, dem Ausschuss hierüber direkt Mitteilung zu machen, indem es die Betreffenden einfach dem Vorstand in Berlin überließen, den Ausschuss zu unterrichten. Allerdings gelangt man auch auf diesem Wege über Berlin zu dem Ausschuss in Nürnberg, aber es wird hierbei übersehen, daß damit Zeit veräußt wird, und Entscheidungen, welche dem Ausschuss nach dem Statut zustehen, verzögert werden.

Aus diesem Grunde richtet der Ausschuss an die Bevollmächtigten sämtlicher Zahlstellen die Aufforderung, über jede mit Arbeitgeberern vorkommende Differenz sofort gleichzeitig dem Zentralvorstand und dem Ausschuss Bericht zu erstatten. Sollten in Zukunft solche Mitteilungen von den Bevollmächtigten an den Ausschuss unterbleiben, so ist derselbe genötigt, die Verantwortung für durch solche Veräußnisse entstehende Schädigungen der Mitglieder abzulehnen und haben solche die betreffenden Bevollmächtigten event. Zahlstellen selbst zu tragen.

In der Erwartung, daß durch Vorstehendes die Bevollmächtigten aller Zahlstellen gegebenen Falls Veranlassung nehmen werden, ihren Verpflichtungen dem Ausschuss gegenüber nachzukommen, zeichnet mit kollegialem Gruß

Der Ausschuss.

J. A.: **Hans Werthner**.

Nürnberg, Burgschmietstr. 40.

### Verband der Formstecher, Drucker, Hilfsarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.

Die Ortsverwaltungen werden um schleunige Einfindung des Resultats der Urabstimmung ersucht.

Der Vorstand.

J. A.: **Surhold**.

## Privates und öffentliches Recht

in ihren Beziehungen zur menschlichen Arbeit.

Das Streben der heutigen kapitalistischen Produktion ist einerseits darauf gerichtet, bei gleichzeitiger möglicher Vermehrung des Kapitals die denkbar höchsten Einnahmen zu erzielen, andererseits aber eine Herabminderung der Ausgaben, die zur

Hervorbringung des Produktes nötig sind, herbeizuführen.

Was nun das Bestreben ersterer Richtung angeht, so geschieht dies unter dem privaten, subjektiven Rechte, das sich auf die Stellung von Mensch zu Mensch, sowie auf die Lebensverhältnisse gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Individualitäten bezieht. Dieses moderne Privatrecht, hervorgegangen aus dem Klassenkampf zwischen dem niedergehenden Junkertum und der aufstrebenden Bourgeoisie, regelt nur die Interessen dieser beiden Klassen; die Interessen des Proletariats dagegen, das damals noch im Entstehen begriffen war, und dessen Einfluß im sozialen Leben sich kaum bemerkbar machte, finden in dem Privatrecht dieser Epoche begrifflicherweise keinerlei Berücksichtigung. Inzwischen aber sind die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz wesentlich andere geworden, die Produktionsweise und damit die Rechtsanschauungen der Menschen sind völlig verändert.

Bei den Besitzenden, den Fabrikanten und Großkapitalisten, macht sich das Streben nach höchstem Gewinn aus dem Produktionsprozeß hervorragend geltend; ein Bestreben, das sich auch auf den Faktor „Arbeit“ bezieht; in dessen größter Ausbeutung und Verwertung sich die zweite Richtung der herrschenden kapitalistischen, auf absolut höchstes Erträgnis abzielenden Produktionsweise äußert. Gerade diese Tendenz, den Aufwand für die Hervorbringung von Gebrauchs- und Luxusgegenständen aus Kosten der menschlichen Arbeit zu verringern, ist es, aus deren Bethätigung das Kapital unter den Rechtsanschauungen des privaten Rechts, zunehmend ein Uebergewicht über die Arbeit erlangt.

Die menschliche Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich aber in einem Stadium gewaltiger Umwandlungen und des Ueberganges von der alten Wirtschaftsordnung und Produktionsweise zu einer neuen oder teilweise neuen Form derselben. Solche Umwälzungen sind immer reich an heftigen Kämpfen und der Gährungsprozeß treibt Erscheinungen an die Oberfläche, welche die Zerfetzung des Bestehenden und ein neues Werden verkünden. Dieser Prozeß läßt nicht aufzuhalten oder zurückzudrängen, man kann nur die Richtung seines Fortschreitens erforschen und ihm den Weg ebnen. Viele Anzeichen sprechen nun dafür, daß jener Entwicklungsprozeß, der insbesondere auf solchen Gebieten wirtschaftlicher Thätigkeit zu Tage tritt, die ihrer Natur nach bei höherer Entwicklung zu einheitlicher Organisation und zur Vereinigung in größere Körper drängen (Altiengeellschaften u.) zum Kollektivbesitz führen wird.

An die Stelle des heutigen Privatigentums an Boden und an den Produktionsmitteln tritt das Kollektivigentum, welches verhinbert wird, daß der Schwache vom Starken zermalmt werde; damit aber andererseits keineswegs das Eigentum des Einzelnen an den nötigen Nahrungsmitteln, an seinen Kleidern und den Gegenständen befreitigt,

die für den ausschließlichen Gebrauch des Einzelnen und der Familie nötig sind. Diese Art des Eigentums ist unentbehrlich und zugleich durchaus vereinbar mit dem gesellschaftlichen Eigentum. Bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise stehen gewissermaßen noch Mann gegen Mann, Wirtschaft gegen Wirtschaft einander mit ungleichen Waffen in einem Vernichtungskampfe gegenüber, und wer in dem letzteren unterliegt oder sich in der Position des Schwächeren befindet, entbehrt nicht nur des Haltes und der Ergänzung seiner wirtschaftlichen Existenz, welche erstere ihm nur ein Kollektivbesitz zu bieten vermöchte, sondern er entbehrt auch des genügenden Schutzes, und zwar sowohl gegen den Stärkeren durch die Schwäche des bestehenden öffentlichen Rechtes, als auch gegen den heutigen Staat durch die Lücken des bestehenden Privatrechtes.

Das öffentliche Recht, wie es heute besteht, geht aus der Natur und dem Wesen der Gesellschaft in deren Beziehungen zum einzelnen Mitgliede der Gesellschaft hervor. Die menschliche Arbeit besitzt aber einen eminent gesellschaftlichen Charakter, den hinwegzuleugnen angesichts unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände nicht mehr möglich ist. An die Stelle des privaten Rechtes muß deshalb das öffentliche Recht treten und in die einzelnen privaten Wirtschaftsprozesse eingreifen, um diese zu regeln.

Wir sehen daher öffentliches und privates Recht alle Lebensverhältnisse hindurch, und so auch auf wirtschaftlichem Gebiet von der untersten Stufe bis zur Spitze des gesellschaftlichen Gebäudes ihren Einfluß ausüben.

Freilich, der heutige Kapitalist versucht alles, um die Grenzlinie des Rechtes zu verschieben und den Mangel an klaren Gesetzesbestimmungen zu Ungunsten der Arbeiter, des wirtschaftlich schwächeren Teils, auszunutzen. Vom Staate aber kann man fordern, daß er die Grundsätze kapitalistischer Wirtschaft nicht auch auf die menschliche Arbeit übertrage, und ganz besonders dann nicht, wenn er, wie das ja auf vielen Gebieten (Verkehrswesen u.) geschieht, als Arbeitgeber auftritt. Nach den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden alle Bestrebungen des öffentlichen Rechtes, die darauf hinführen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, unterdrückt. Um das Angebot zu vergrößern und den Lohn zu drücken, wird mit Bewußtsein und Absicht auf die Erhaltung und Vergrößerung einer Reservearmee von Arbeitslosen hingearbeitet. Die Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft ortet in rücksichtsloser Ausbeutung, ja nicht selten in ein Niedertreten aller natürlichen menschlichen Rechte aus, indem teils durch Zwang und Drohungen, teils durch Loh- und Heilmittel verschiedener Art gesucht wird, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter im höchsten Maße anzuspannen, um für den Unternehmer erhöhten Mehrwert zu schaffen. Und daß die Ausgaben für Vorkehrungen und Einrichtungen

zur Sicherung und zum Schutze der beschäftigten Arbeiter in den meisten Fällen für überflüssig erachtet werden, ist eine erwiesene und längst bekannte Tatsache.

In allen diesen Dingen ist das öffentliche Recht noch nicht soweit positives Gesetz geworden, um dem Arbeiter vor seelischen und leiblichen Schäden sicheren Schutz zu gewähren. Das bisher Erreichte beschränkt sich besten Falles auf die Festsetzung von Maximal-Arbeitszeit, Erholungspausen und Ruhetagen. Auch für die Kinder- und Frauenarbeit, welche ob ihrer größeren Billigkeit stets wachsende Verwendung in der kapitalistischen Wirtschaft findet, konnten bisher nur einige winzige aus dem öffentlichen Rechte fließende Maßnahmen getroffen werden.

Wenn schon der heutige Staat gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft das öffentliche Recht nur mühsam zur Geltung bringen kann, so hat er zum mindesten die Verpflichtung, da, wo er selbst als Arbeitgeber auftritt und gewissermaßen Kollektiv-eigentum verwaltet, in den Staatsverhältnissen u. d. das öffentliche Recht zur vollen Geltung zu bringen, indem er das verrottete Privatrecht der Bourgeoisie über Bord wirft und diejenigen Forderungen der Arbeiter bewilligt, bei deren Erreichung er den Arbeitern bisher fast immer hindernd in den Weg tritt. Auf keinen Fall darf sich beim denkenden Menschen länger das schwachvolle Schauspiel bieten, daß selbst in den, der Allgemeinheit gehörenden Instituten, die Rechtsgrundsätze einer überlebten altersschwachen Gesellschaft herrschen, und das Arbeitsverhältnis regeln.

Das öffentliche Recht allgemein zur Anerkennung zu bringen, ist in einer Gesellschaft, die auf dem Privateigentum basiert, nicht möglich; das kann erst geschehen, wenn an die Stelle des privaten das Kollektiveigentum getreten ist. Dann aber wird, oder muß vielmehr, an die Stelle des Rechts die Gerechtigkeit, das sittliche Recht treten, das Ziel der menschlichen Kulturentwicklung.

F. H.

### Triumphe der Mechanik.

Northrops Webstuhl.  
(Schluß.)

Die weittragende Wirkung der neuen Erfindung läßt sich nach der bis jetzt festgestellten Kapazität kaum bemessen. Die Magazin-Vorrichtung kann leicht verbessert werden, indem man sie für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Spulen einrichtet. Die höhere Stufe, die Technik der Baumwollen-Industrie mit der Northrops'schen Erfindung erklommen hat, ist nur die Eröffnung einer neuen Bahn weiteren mechanischen Fortschrittes.

Ein technischer Fortschritt, ja! Aber ist es auch ein Fortschritt der Kultur, dessen die Menschheit sich freuen kann? Wird der Erfolg menschlicher Arbeitsleistung durch mechanischen Betrieb den reicheren Lebensgenuss und die größere Ruhe bringen, die er ermöglicht? Wird die neue Maschine werden, was sie sein könnte, eine Erlöserin von Mühsalen und eine Quelle des Wohlstandes?

Erfundigt auch bei den Männern und Frauen, deren Arbeit durch die Northrops'sche Erfindung so wunderbar vereinfacht werden wird, und ihr werdet von ihren besorgten Gesichts, noch ehe ihr Mund sie ausgesprochen hat, die Antwort legen, daß ihnen dieser Fortschritt nicht Segen, sondern Fluch, nicht Erleichterung und Wohlstand, sondern Arbeitslosigkeit und Elend bedeutet. So war es nach jedem der vielen „Fortschritte“, die sich in ihrer Industrie vollzogen; und so wird es bleiben, so lange die Maschine und alle Arbeitsmittel dem Kapitalisten gehören.

Seit im Jahre 1814 die erste mechanische Baumwollenweberei zu Waltham, Massachusetts in Betrieb gesetzt wurde, haben die Arbeiter dieser Industrie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ihrer Leistungsfähigkeit wachsen sehen, haben sie mit immer geringeren Kosten immer anschwellende Reichthümer geschaffen. Aber mit jedem Fortschritt hat ihre Armut Schritt gehalten. Der Reichtum floß in die Geldsäcke der Kapitalisten; Hungerlöhne blieben das Loos der Arbeiter. So sehen wir den Kapitalbesitz steigen:

Jm Jahre 1831 auf 40 Mill. Doll.	1850	74
" " 1860	98	"
" " 1870	140	"
" " 1880	208	"
" " 1890	354	"

W' dieser steigende Reichtum blieb weitentlich in den Händen derselben Leute, die sich in den Jahrzehnten, als die Industrie begründet wurde, der Arbeitsmittel bemächtigt hatten. 1831 waren es 801 Firmen, 1880 nur 756 Firmen und 1890 nur 904 Firmen. Es ist festgestellt, daß die Mitglieder dieser Firmen, mit Ausnahme eines verhältnismäßig kleinen Prozentsatzes, seit 70 Jahren denselben Familien angehört haben. Aller Reichtum, den sie angeschafft haben, ist durch ihre Arbeiter geschaffen worden; sie, die Aneignern, trugen nichts zur Produktion bei. Sie konnten sich aneignen, was andere produzierten, weil sie die Mittel der Produktion und damit den Vortritt der Arbeiter kontrollierten. So konnten sie, die Besitzer der Arbeitsmittel,

jeden bisherigen Fortschritt in einen Fluch für die Arbeiter verwandeln. So wird jeder künftige Fortschritt für die Arbeiter zum Fluche werden, bis der Kontrolle der Arbeitsmittel und der Aneignung der Produkte durch die Arbeiter ein Ende gemacht wird und die sozialistische Produktionsweise ihren Einzug hält.

### Hopsenpflückmaschine.

Das „Wesensfelder Wochenblatt“ bringt nachstehende Notiz:

Die Hopsenproduzenten wollen wir auf eine epochemachende Erfindung der Herren Christian Wolff und Sohn, Inhaber der bekannten Schloßwarenfabrik gleichen Namens in Langquaid, aufmerksam machen. Es ist dies eine Hopsenpflückmaschine. Mit derselben, welche eine Bedienung von nur 2 Mann erfordert, können 2 1/2 Zentner Hopsen pro Tag (12 Stunden) gepflückt werden. Dabei bleibt der Hopfen reiner und schöner, als der mit der Hand gepflückte. Ueber die Konstruktion der bereits patentirten Maschine wird uns mitgeteilt: Vor 2 Gummiwalzen liegen die gepflückten Pflückstängel, welche vermittelst einer Klappatur einzeln vorn und hinten durch den Hebel ganz gehoben werden können; die Gummiwalzen ziehen diese und dünne Reben, Arme und Blätter fortlaufend durch, während die Laster der Dolben abstreifen und dieselben mittelst an den Rädern angebrachten Kontrahang und Lasterlösung nach vorn auf das Schüttelblech werfen, unter welchem eine Windfrömmung zur Reinigung und Entfernung der leichten Dolben und allenfalls abgerissener Blätter angebracht ist, so daß in die unten aufgestellte Kiste der reine Hopfen fällt. Die Maschine kann im Stadel mittelst Gabelbetrieb, im Feld mit der Hand in Bewegung gesetzt werden, und es treibt dieselbe ein Mann leicht. Die „Mundbreite“ ist 60 cm, alle Theile sind aus feinstem Stahl gearbeitet. Nach 5 Jahre langem Studiren und Versuchen ist es den Erfindern gelungen, die Hopsenpflückmaschine bis zur jetzigen Vervollkommnung auszugestalten, und die bisherigen Verjude haben die Leistungsfähigkeit der Maschine aufs Beste dargezogen. Hopsenproduzenten werden eingeladen die Hopsenpflückmaschine auf ihre Brauchbarkeit bei den Erfindern selbst zu erproben; zugleich können dort auch die übrigen, von den Herren Wolff u. Sohn erfundenen „Hopsenwerkzeuge“ besichtigt werden.

Diese Maschine raubt, wenn sie zur Einführung gelangt, wieder Hunderten von Menschen Arbeit und Verdienst. Um einen Zentner Hopsen zu pflücken, brauchen 5 Mann mindestens 2 Tage Zeit, mit Hilfe der Maschine pflücken 5 Mann in 2 Tagen 5 Zentner, also 5 mal so viel. Die Arbeit wird besser und geht, was bei der Hopfenente von großem Vorteil ist, rasch von hatten. Vielen armen Leuten wird diese Erfindung noch größere Not bereiten und nur wenigen Besitzenden Vorteile verschaffen. Dasselbe Prinzip, das in den Städten die Gegenstände immer schärfer hervorretten läßt, findet auch auf dem Lande von Jahr zu Jahr mehr Eingang und treibt das ländliche Proletariat, Kleinbauern und Mittelstandsleute genau so gut der Sozialdemokratie in die Arme, wie es dieselbe Erscheinung in den Städten teilweise schon gethan hat.

„Deutsche Metallarbeiter-Zeitung.“

### Zur Frage der Verschmelzung

betitelt sich ein mit F. K. unterzeichneter Artikel in Nummer 29 unserer Zeitung. Dem Schreiber desselben, der sich Gegner der genugam bekannten Verschmelzung nennt, sind in seinen angeführten Gründen wohl vielfach kleine Irrthümer unterlaufen. — Wir glauben allerdings, daß durch die Verschmelzung der beiden Verbände die Leistungsfähigkeit eine ganz bedeutend größere sein werde, und daß gerade dadurch der Verband an Mitgliedern „auch aus unseren Reihen“ gewinnen wird. Wenn von einem lebigen Kampfsgeiste die Rede ist, so klingt das wohl etwas pessimistisch. Wir geben ja zu, daß in einzelnen Fällen noch eine gewisse „Eingebildetheit“ vorherrscht, jedoch hat sich dieselbe meistens gelegt und wird sich rasch legen müssen, je mehr jeder Arbeiter (Vishop, Stecher oder Drucker) einsehen muß, daß von einem Mittelstand, d. h. einem Halb zwischen Kapitalist und Arbeiter nicht mehr die Rede sein kann, sondern, daß jeder, der sich nicht Kapitalist nennen darf, eben Proletarier ist, und diese Proletarier müssen sich schämen durch Vereinigung und je größer die Vereinigung, um so größer die Intensität. Daß unser Verband so leistungsfähig ist, wie jeder andere größere Verband, ist wohl etwas übertrieben. Wenn sich der Schreiber des obenangeführten Artikels beispielsweise im „Buchdrucker- oder Bildhauer-Verband“ und in anderen „größeren“ erkundigen wollte, so würde er eines anderen belehrt werden. Was nun die Desjauer Kollegen und deren Verhalten im vorigen Jahre anbetreffend soll, so wissen wir gar nicht, was damit gemeint ist. Vielleicht meint der Herr, als bei Einführung unseres Verbandes in Desjau vor einem Jahr von einigen Formschneidern die Bemerkung hingeworfen wurde: „Wieder ein spezieller Branchen-Verband.“ Wir sind der Meinung, daß dies wohl nur eine laze Ausrede der betreffenden Herren sein sollte. Bis dato trägt man sich hier nicht mit dem Gedanken einer Neugründung eines speziellen Formschneider Verbandes und in dem Jahre hätte man doch gewiß Zeit gehabt, sich dieses zu überlegen. Wir können auch nicht glauben, daß sich die Herren in ein so planloses erfindungsunfähiges Unternehmen stürzen werden. Auch diese Herren werden sich auf die Dauer nicht isolieren können, sondern über kurz oder lang sich an unsere Reihen anschließen. Unbegreiflich ist es uns, daß diese Verschmelzung ein Vorgriff in die natürliche Entwicklung zum Schaden der Organisation sein soll. Alle kleinen Gewerkschaftsbewegungen müssen der modernen Arbeiterbewegung näher kommen, und das thun sie, wenn sie sich mehr und mehr zu einem großen Ganzen verschmelzen.

Desjau.

## Was nun?

Unter dieser Ueberschrift verjuchte ich, gestützt auf die Beschlüsse der letzten Generalversammlung, durch einige Vorschläge aus neue die Diskussion darüber zu eröffnen, wie und in welcher Weise ein friedlicheres Hand in Hand gehen mit dem Senefelder Bund möglich ist.

Daß nach der anstehenden Arbeit der letzten Generalversammlung die Diskussion eine besonders lebhaft nicht werden würde, konnte ich mir wohl denken, aber immerhin ist der beabsichtigte Zweck wenigstens teilweise erreicht worden, wenn ich auch bedauern muß, daß an Stelle der von mir gemachten, allseitig als unausführbar, ja sogar für beide Teile schädlich gehaltenen Vorschläge feinerlei andere bezw. bessere gemacht wurden.

Daß wir den verschiedenen Vereinsangelegen gegenüber sehr vorsichtig sein müssen ist klar, nur wollen wir diese Vorsicht nicht soweit treiben, daß wir alles, was uns nicht gefällt durch den einfachen Hinweis auf die Vereinsgesetze und ohne nähere Angabe der einschlagenden Bestimmungen derselben, ablehnen. Ist uns die Unhaltbarkeit der gegenseitigen Verhältnisse — Bund gegen Organisation oder umgekehrt — bekannt, haben wir begriffen, daß jede Konkurrenz beide Teile schädigt, so haben wir, so hat ein jeder die Pflicht, dahin zu wirken, daß Klarheit geschaffen wird über das, was zu thun uns möglich ist. Es ist für mich indessen unbegreiflich, wie ein derartiges Bestreben so besprochen werden kann, wie dies der Kollege K. B. in Nummer 28 der „Graph. Presse“ thut. Kollege K. B. kann es als getreuer Lebensgefährte aller gekränkten Lebewürter absolut nicht vermerken, daß „sein“ ständiges Ideal Arbeitslosenunterstützung von der Generalversammlung abermals abgelehnt wurde — daß er gemein „eifrigen Bemühen“ die Schuld hieran beizumessen, ist zwar etwas zu viel Ehre für mich, aber na — was thut der Mensch nicht alles, um die richtige Stimmung zu einer derartig vernichtenden Epistel zu erhalten?

Doch mein lieber K. B. was haben Sie (wenn ich fragen darf) eigentlich während der ganzen Zeit, wo über das Frz und Wiber der Arbeitslosenunterstützung geschrieben, gesprochen und gestimmt wurde, gemacht? Weil Sie nicht zu wissen scheinen, daß es sich bei der ganzen Frage nicht um den Wert oder Nichtwert dieser Unterstützung handelt, sondern lediglich darum, ob eine Gewerkschaftsorganisation wie die unsere, welche leider von Quartal zu Quartal an Mitgliedern verliert, welche mehr denn jede andere mit den indifferenteften Menschen materiel zu rechnen hat, deren Mitglieder (wie die letzte Generalversammlung bei Aufnahme der Arbeiterinnen zeigte) nicht einmal frei vom Kampfsgeiste sind, ob eine derartige Organisation, ob überhaupt auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung eine so wichtige tief in die soziale Frage eingreifende Unterstützungsform geregelt werden kann, oder ob es nicht besser wäre, die Lösung so weitgehender Fragen durch die Gesetzgebung zu verlangen? — Also darum handelt es sich! Nicht derjenige jagt einem Phantom nach und glaubt den Stein der Weisen „auch hier“ gefunden zu haben, welcher die traurige Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erkennend, vor Ueberbähigung der eigenen Kraft warnt, sondern derjenige, welcher nach dem Ruf der Kollegen K. B., durchdrungen vom Bewußtsein eigener Unselbstbarkeit, die Beschlüsse einer Majorität ignoririerend, glaubt durch die Gewerkschaftsbewegung die „soziale Frage“ lösen zu können.

Bisher war man in Kollegentreisen immer der Ansicht, daß schon der Umstand, daß wir (die Organisation) entgegen dem Senefelder Bund alle Kollegen aufnehmen, die zu uns kommen, ganz gleich in welchem Alter sich dieselben befinden, ob die kapitalistische Hungerpeitsche oder sonstige Uebelstände unserer modernen Kunstempel den Keim einer Krankheit in sie legen, daß dieser Umstand, sagte ich, es sei, welcher ein verschmelzen mit dem Senefelder Bund unmöglich mache. Doch der Kollege K. B. hat auch hier zwar nicht den Stein der Weisen aber doch herausgefunden, daß die Gefahr mit sogenannten Indifferenten zusammenzukommen es ist, was ihm ein Zusammengehen unmöglich macht. — Und in der That, der Gedanke ist genial. — Man gehe den Indifferenten schon aus dem Wege, und man kann hoch und heilig behaupten, es giebt solche Kollegen nicht unter uns, wenigstens haben wir noch nichts davon bemerkt.

Im übrigen überhüpft Kollege K. B. die Wirkung der Arbeitslosenunterstützung bei Streiks denn doch betrügl. — Wäre es möglich mit einer allgemeinen Unterstützung von 8-10 Mt. Streittreuer abzutun, so sehe ich nicht ein, warum in fast allen Fällen das doppelte, ja dreifache aufgewendet wurde. (Siehe auch den Buchdruckerstreit.)

Je mehr es dem Arbeiter klar wird, mittelst Selbsthilfe uns vorübergehende Verbesserungen ihrer Lage erringen zu können, je mehr wird es ihre Aufgabe sein dafür zu sorgen, daß wichtige weitgehende Fragen durch geeignete Vertreter im gesetzgebenden Körper vertreten werden. Wenden wir unsere ganze Aufmerksamkeit auf den gegenwärtigen Stand unseres Rufes und unseres Vereins, sammeln wir uns zur Abwehr! Bald nur zu bald werden wir viel Ungemach von uns abzuwenden haben.

E. Leiff.

### An die Mitglieder der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Formschneider.

In letzter Nummer der „Gr. Pr.“ hat sich Kollege Weir über den Antrag der Fittale Berlin geäußert. Im Auftrage heiliger Kollegen habe ich kurz folgendes zu erwidern. Zunächst verwahre ich mich dagegen, einen maßlosen Ton angeschlagen zu haben. Wir kommt es nur darauf an, wahr zu sein, weiter nichts. Allerdings ist die Wahrheit oft grob. Kollege Weir findet, daß die Gegner nur mit Kraftausdrücken traktiert werden sollen, ich glaube jedoch, daß die von mir gebrauchten Ausdrücke

durchaus logisch und durchdacht sind. Persönliche Ausfälle enthält mein Artikel überdies gar nicht. Der Ausdruck: Desjaweristen, rechtfertigt sich durch das Verhalten der Desjauer Formsticker dem Verbands gegenüber. — Sehr richtig ist es, daß die Forderung der Kollegialität und Solidarität zu den Bestrebungen des Verbandes gehören. Der Berliner Antrag ist aber nicht weiter, als eine ganz einfache Konsequenz obiger Prinzipien, ein Uebergehen von der Theorie zur Praxis.

Das Wichtigste bei den Ausführungen des Kollegen Welt sind die Bedenken, die er gegen unseren Antrag ins Feld führt. Er argumentiert zunächst mit der Bedürfnistheorie. Fabrikfabriken besitzen nur in wichtigen großen Fabriken, hier in Berlin beispielsweise gar keine. Eine Anzahl der hiesigen Drucker gehören der freien Kasse der Sattler und Tapezierer an. Diese Kasse entspricht sich aber schon längst zu einem Schritte, den viele Formsticker nicht begreifen können. Ferner überläßt Kollege Welt ganz und gar, daß auch eine große Anzahl Formsticker in Fabriken beschäftigt sind, für welche dann das gleiche zuträfe.

Wenn ferner erwähnt wird, daß doppelt Versicherte die Kassen mehr in Anspruch nehmen, so muß Kollege Welt geradezu glauben, daß dieses lauter Simulanten sind. Ueberdies gehören auch Mitglieder unserer Kasse noch einer zweiten Kasse an. Das Recht, zwei Kassen anzugehören, ist auch gesetzlich gewährleistet und überläßt auch bei zwei Kassen das Krankengeld selten die Höhe des Lohnes. Die Frage: Wieviel Drucker und Hilfsarbeiter werden der Kasse eventuell beitreten? können wir heute nicht beantworten. Der Generalversammlung wird jedoch, so weit dies möglich, statistisches Material vorgelegt werden. Bei den krankehaften Bemühen, Gründe gegen unseren Antrag hervorzufinden, vermag sich Kollege Welt oft in Widersprüchen. Zuerst vermahnt er sich dagegen, daß die Gegendrucker nur aus Berufsbedenken und Kassengeist entsteht, hernach fragt er jedoch: Wieviel Mitglieder werden wir verlieren? Warum frage ich nun, werden wir Mitglieder verlieren? Doch nur deshalb, weil dieselben von obigen Fehlern nicht frei sind, oder es müßte der Beweis erbracht werden, daß die Kasse in ihren Leistungen durch die Aufnahme der Drucker zurückgeht. Wie leicht ist Kollege Welt so freundlich, festzustellen wieviel Formsticker auf ihre wohlverdienten Rechte, bei Annahme unseres Antrages, verzichten würden. Günstig verhält ich mich zu den Bedenken bezüglich der Geschäftsführung. Selbst wenn sich die Mitgliederzahl verdreifachen sollte, was natürlich nicht zu erwarten ist, kann ein tüchtiger Vorstand, und vor allem ein so bewährter wie derjenige unserer Kasse, die Arbeiten ordnungsmäßig als Nebenbeschäftigung erledigen. Ueberdies kann nur ein eins richtig sein: entweder die Kasse wird so stark, daß wir ein unabhängiges Bureau haben müssen, oder sie bleibt so schwach hierzu, beides wäre jedoch für die Kasse ohne Bedeutung. Kollege Welt hingegen widerspricht sich bei diesem Punkte in einem Satze. Die Argumente des Kollegen Welt erachte ich durchaus nicht für stichhaltig. Durch dieselben wird nicht der Beweis erbracht, daß die Kasse durch Annahme unseres Antrages materiell geschädigt würde. Das einzige, was mir an meinem Artikel gefällt, ist, daß die Delegierten mit freiem Mandat entsandt werden sollen, denn dann ist nur Zustimmung, da es dann den Freunden unseres Antrages leicht sein wird, die Delegierten von der Haltlosigkeit der Gegengründe zu überzeugen.

R. Sutthold.

Nationalökonomie und Sozialismus.

Der Inhalt der unter obigem Titel erscheinenden Erweiterung F. H. auf meinen Artikel: Die mater. Geschäftsauffassung und die Darwin'sche Theorie, veranlaßt mich zu folgenden kurzen Bemerkungen:

F. H. wundert sich, daß ich die Revidieren, die zwischen dem Erscheinen des kommunikativen Manifestes (1847) und der Entwicklung der Arten (1859) liegt, ausführt. Er wundert sich um so mehr, weil ich es ihm ausdrücklich beifügt haben soll, daß ihm diese bekannt sei. Diese ausdrückliche Befestigung hat F. H. in meinem Artikel hinein geschrieben. Ich habe nur gesagt: F. H. habe richtig angeführt, daß das kommunikativen Manifest 1847 erschienen sei. Ich habe auch tatsächlich keinen Grund zu der Annahme F. H. wisse von diesen Zeitunterschieden, denn die F. H. ich behauptung: Carl Marx aber wurde der Vorkämpfer der von ihnen (Darwin und Spenser) ausgehenden wissenschaftlichen Revolution, spricht für alles andere.

F. H. meint ferner, ich hätte mich nicht gegen die Hauptpunkte meines Artikels gewendet. Der Hauptpunkt lag nun aber in dem Nachweis, daß die dem Sozialismus zu Grunde liegenden Theorien nicht in Widerspruch stehen mit der Entwicklungstheorie. Dagegen habe ich mich allerdings nicht gewendet, wohl aber gegen seine Beweisführung in Bezug auf die Gegenüberstellung von Marx u. Darwin. Ich habe gezeigt, daß die Entwicklungstheorie nicht von Darwin und Spenser ausgeht, und daß Marx die Grundzüge seines Systems, die dialektische materialistische Geschäftsauffassung schon längst vor Darwin klargelegt hatte.

Nun sagt F. H. in seiner Entgegnung: meine Ausführungen seien ihm längst bekannt, er habe sie selbst schon vertreten. Was sein; wie kommt er aber dann zu seinem einleitenden Artikel, der mit meinen Ausführungen und also auch seinem Wissen so sehr in Widerspruch steht? F. H. möge erlauben, daß ich die Frage selbst beantworte. Er hat die Ausführungen des vom zitierten Jerry unrichtig zu den meinen gemacht. Ueber Jerry's Wert selbst mag er den "Vorwärts" vom 19. Mai unter "Litterarisches" nachlesen. — Schluß.

H. M., Bochum.

Korrespondenzen.

Berlin. Die hiesige Filiale des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 18. Juli eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsbericht und Kassenbericht; 2. Vortrag des Koll. Schöppe über den weiteren Ausbau unseres Vereins; 3. Diskussion; 4. Fragekasten. Der vom Kassierer verlesene Kassenbericht vom Quartale April bis Juni wies eine Einnahme von M. 1530,10 und eine Ausgabe von M. 283,82 auf, so daß M. 1246,28 an die Hauptkasse abgehandelt werden konnten. Der Mitgliederbestand hat sich während des Quartals etwas gehoben und betrug am Schlusse desselben 794. Die von den Kassierern beantragte Deckcharge wurde einstimmig erteilt. — P. gütlich der angeregten Veränderung unseres Vereinslokales kam man dahin überein, dasselbe nach dem Restaurant Bernau, Nollentalerstraße 57, zu verlegen, während die Neuwahl eines Matinee-Kommissions-Mitgliedes bis zur nächsten Versammlung vertagt wurde. Sodann nahm der Bevollmächtigte, Kollege Schöppe, das Wort zu seinem Vortrage. Derselbe bewies an der Hand statistischen Materials und mit dem Hinweis auf die Kämpfe der englischen Arbeiterklasse, daß unter der heutigen anarchischen Produktionsweise nicht nur der Arbeiter, sondern in gleichem Maße auch die Arbeiterin als Ausbeutungsbild des Kapitalismus zu leiden habe. Der Arbeiter, früher im Besitz seiner eigenen Werkzeuge, früher alle Früchte seiner eigenen Arbeit selbst erntend, wurde durch den Maschinenbetrieb gezwungen, seine bisherige Arbeit einzustellen und in die Dienste des Fabrikanten oder der Atzengesellschaft zu treten. Die Produktionsmittel gingen vollständig in den Besitz des Kapitalisten über, welcher letzterer durch die Trennung der Arbeitskraft und der Arbeitsmittel die Arbeiter direkt zu Sklaven, zu Objekten der Ausbeutung machen konnte. Das arbeitende Volk ganzer Länder, ganzer Staaten wurde infolge dessen von den Hurpalatoren der Produktionsmittel unter das Nothjoch des Hungers gespannt. Dadurch wuchsen auf der einen Seite die Besitztümer einiger Wenigen ins Ungeheuerliche und nahm deren Jahreseinkommen stetig in schändlicher Progression zu, während auf der anderen Seite das Volk in seiner übergroßen Mehrheit immer ärmer wurde und sein Jahreseinkommen auf ein Minimum herabsank, daß ein zwielum zum Sterben und ein zuwenig zum Leben bedeuten mußte. In seinem Verstreben, den Profit und die Dividenden zu erhöhen, erkannte der Kapitalist wohl, daß ihm die Arbeiterin eine billigere und gefügigere Arbeitskraft bot, als der Arbeiter, und so kann es uns nicht Wunder nehmen, wenn der Kapitalismus sich der Organisation der weiblichen Arbeiter mit allen Mitteln entgegenzustellen sucht. Unsere Pflicht aber müßte es sein, die Frauen aufzuklären und zur Organisation heranzuziehen, um mit denselben vereint der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus entgegenzuwirken und vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit es jedem zu ermöglichen, seine freie Zeit zur Erholung oder Bildung benutzen zu können. — In der sich hier anschließenden Diskussion wurde betont, daß auch in unseren eigenen Reihen noch mehr agitirt werden müßte, was ja der, trotz des anregenden und wichtigen Themas, nur schwache Berathungsbesuch beweise. Zum Schlusse wurde noch bekannt gegeben, daß das 10jährige Stiftungsfest am 19. Oktober bei Neht, Weberstraße 17, stattfindet.

Cöpenick. Auf den Bericht in Nr. 29 der "Gr." betreffend die Formsticker von F. Lehmann, sehen wir uns veranlaßt einiges zu erwidern. Der mutmaßliche Einsender des betreffenden Schreibens ist ein Kollege, welcher hierher bei nur kurzen in Arbeit fand. Derselbe erhielt nun einen Lohn von 33 Mark für seine Arbeit angeboten mit der Vorbedingung: "Wenn Sie Lust zeigen, um sich weiter auszubilden, d. h. wenn Sie ein tüchtiger Formsticker werden wollen, so bin ich zu jeder Zeit und Stunde bereit Ihnen den Lohn zu geben, den Sie im Verhältniß zu Ihren Mitarbeitern beanspruchen können." (Ist wirklich zittert.) Trotz dieser logischen Auseinandersetzung glaubte der junge Mann, nun als Verbandsmitglied das Recht für sich in Anspruch nehmen zu müssen, ohne vorherige Rücksprache mit den hier arbeitenden Verbandsmitgliedern einen derartigen — mindestens nicht objektiven — Bericht durch das Verbandsorgan in die Öffentlichkeit zu bringen. Denn wenn man schreibt, es könne sich keiner einen Begriff über die hiesige "Zusammennagel" machen, so muß man wohl erst in mehreren anderen Geschäften gearbeitet haben, um eventuell mit einem Vergleich eine solche Behauptung decken zu können. Es wird hier momentan nicht anders gearbeitet, als wie in so vielen anderen, großen wie kleinen Geschäften. Und wenn nun den hiesigen Prinzipal in der That der Wunsch befehlen sollte, seine Gehilfen lieber in den Gewerbetreibenden der graph. Arbeiter zu sehen, so ist das eben seine Ueberzeugung, aber ebenso ist es Pflicht der Arbeiter, an ihrer Ueberzeugung festzuhalten, was ihnen, unserer Meinung nach, nicht erschwert wird durch Aeußerung wie: "Ich als Arbeitgeber verlange von meinen Gehilfen die für ihre Pflicht und Schuldigkeit im Geschäft thun, und bezahle dafür einen ihren Leistungen angemessenen Lohn. Ihre politische Ansicht ist mir höchst gleichgültig. — So liegen die Verhältnisse hier momentan. Was die Zukunft bringt bleibt abzuwarten.

Die Verbandsmitglieder.

Hilf. Kollege Lange in Offenbach hat in Nr. 28 d. Bl. eine Antwort veröffentlicht auf unsere Korrespondenz und dabei einen Ton angeschlagen, der die gute Meinung, die wir von ihm hatten, vollständig zerstört. Wir müssen ganz entschieden dagegen Verwahrung einlegen, als ob unser Interesse für die Entwicklung der Organisation nur ein figurirtes wäre, als ob der Umstand, daß unser Kandidat bei der Delegiertenwahl unterlegen ist, uns zu dem besprochenen Artikel angezogen hätte. Das Verlangen, daß die Kandidaten vor einer Wahl ihre

Stellung genau präzisieren sollen zu den schwebenden Fragen, ist nicht mehr als billig. Wenn Kollege Lange für solche Ansichten nur ein erhabenes "Lächeln" hat, so bezweifle ich, ob dasselbe seiner Intelligenz besondere Ehre macht. Daß unser Verlangen auch möglich ist, haben wir bewiesen, indem wir seiner Zeit an sämtliche beteiligte Zahlstellen das Programm unseres Kandidaten geschickt haben. Kollege Lange hat es sich freilich bequemer gemacht. Er ist nicht auf Grund seiner Ansichten, sondern lediglich im Interesse eines mündlichen Berichtes von verschiedenen Zahlstellen bei der Wahl unterstützt worden. Der Offenbacher Kollege spricht ferner von einer Ueberwachung unsererseits. Auch gegen diese Insinuation protestieren wir ganz energisch. Wir sind lediglich aus Interesse an der Sache zu den Verhandlungen der Generalversammlung nach Nürnberg hinübergegangen, nicht aber um dort Polizei zu üben. Wenn die Teilnehmer der Generalversammlung eine so illustre Gesellschaft repräsentieren würden, daß sie über jeder Kritik thurnhoch erhaben dahinständen, nun dann freilich hielten auch wir die Urabstimmungen zur Erledigung der Anträge für zweckdienlicher. Auf eine abermalige Replik des Kollegen Lange werden wir nicht mehr reagieren. J. A. F. O.

Frankfurt a. M. In der Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, am 20. Juli, kamen bei Punkt "Verschiedenes" der Tagesordnung, die plumpen Einwendungen des Kollegen Bernhard Klydoff in Nr. 28 der "Gr. Pr." gegen Kollege Graf als Bevollmächtigter unserer Zahlstelle, zur Sprache. Hierauf gelangte auf Antrag des Kollegen Trompeter folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

"Die heutige gutbesuchte Mitgliederversammlung spricht dem Kollegen Graf als Bevollmächtigten unserer Zahlstelle ihr volles Vertrauen aus."

Frankfurt a. M. Den Raum einer Postkarte nur möchte ich zum Schlussworte verwenden, daß mir meine Klydoff'sche Begründung gnädigst überlesen. Ich liebe eine offene Sprache, deshalb gefallen mir "niedrige Kraftworte" etc. entschieden besser, als das verschleierte, "unerfahrene" des Kollegen B.; "unerschämte" wäre doch deutlicher gewesen. Ich hatte wirklich mehr erwartet, aber so! Halb lüchelt schon bei "Papierkolonnen" von "nach meiner Meinung". Ich hoffe, daß das demnächst erscheinende Protokoll des Vereins das Bessere bewirken wird! Bieleid ist er nicht, "junior" noch "fraktioneller" Sozi!, wer weiß! Dieser Hieb war schwach. Der Ausdruck mag wohl in Klydoff ein fürderliches Schimpfwort sein, hier ist er ein Ehrenname. Der zweite Hieb, bezüglich des schwachen Berathungsbesuches ist noch unflüchtig, ja sogar sehr tapfer, denn dadurch beleidigte er nicht mich, sondern meine Wähler, sowie die übrigen Kollegen in der Ortsverwaltung. Nicht Todesstrafe, sondern Aufführung wünsche ich allen Gegnern. Jedoch — na — adieu! E. Graf.

Hannover. Infolge der vielen Anfragen bezüglich der Differenzen mit der Firma A. Mölling u. Co. wollen wir den Sachverhalt in kurze Fassung. Den Maschinenmeistern wurde ein Arbeitspensum von 6 Stunden für den Nachmittags (mit Ueberstunden) ohne jede Pause zugemutet, wogegen aber die Kollegen in einem Schreiben an die Geschäftsleitung Verwahrung einlegten. Nun gingen die Bogen der Brandung hoch und das Resultat war — die Maschinenmeister verweigerten fast einmüthig die Ueberstunden. Ebenfalls wurde zur selben Zeit bei den Lithographen die Accordarbeit — verjuchswel! — eingeführt. Sofort trat der Vorstand zusammen und veranlaßte die nötigen Schritte, indem Kollege Sillier auf telegraphischem Wege zu der Versammlung eingeladen wurde und erschien. In dieser Versammlung wurden die Angelegenheiten von mehreren Rednern starkgelegt. Die Versammlung überzeigte sich, daß die Maschinenmeister vollständig korrekt gehandelt hatten, indem sie einfach die Arbeit verweigerten. Kollege Sillier drückte seine vollste Zustimmung zu den gethanen Schritten aus und führte den Lithographen die Schäden der Accordarbeit vor Augen, um sie ebenfalls zu veranlassen, durch einmüthiges Borgehen den beangenehten Fessler, mit der verjuchsweligen Einführung der Accordarbeit, wieder gutzumachen und die Accordarbeit wieder abzuschaffen. — In der hierauf folgenden Woche hielten die Lithographen eine Besprechung ab und nach mehrmaligen Unterhandlungen mit der Geschäftsleitung wurde folgende Erklärung verfaßt u. der Geschäftsleitung übermittelt: "Da die am 25. Juni cr. mit der Geschäftsleitung der Firma A. Mölling u. Komp. gepflogenen Unterhandlung resultatlos verlaufen ist, so erklären die Unterzeichneten hiermit, von Mittwoch den 26. Juni ab, nicht mehr bei der Firma A. Mölling u. Komp. in Accord zu arbeiten, sondern betrachten sich als in dem alten Lohnverhältnis stehend."

(Folgen die Unterschriften von sämtlichen Lithographen.) Hierauf verjuchte die Geschäftsleitung nochmals ihr Glück, aber vergebens. Die Lithographen fanden seit und so sah sich dieselbe gezwungen, die Accordarbeit wieder aufzugeben. Die Maschinenmeister brauchten ebenfalls seit dem 24. Juni keine Ueberstunden mehr zu machen. Accord wird bei den Lithographen seit der angegebenen Zeit nicht mehr gearbeitet. — Hieraus mögen die Kollegen die Lehre ziehen, daß durch einmüthiges Borgehen derselben unsere wirtschaftliche Lage entschieden gebessert werden kann.

Die Verwaltung der Zahlstelle Hannover. Leipzig. Sonnabend, den 20. d. M. tagte bei Spiel, Seeburgstraße eine öffentliche Versammlung der Formsticker und Drucker mit folgender Tagesordnung: 1. Urabstimmung zum Eintritt in den graphischen Verein; 2. Gewerkschaftsstatut; 3. Beschlußfassung über den Ausschuss nach Würgen. — Zum ersten Punkt nahm Kollege Schmidt das Wort und erörterte noch einmal eingehend die Gründe der Versammlung, worauf die Abstimmung stattfand. Alle Anwesenden erklärten ihren Beitritt. Unter "Gewerkschaftliches" wurde auf das am Sonntag den 21. Juli stattfindende

Gewerkschaftsseite hingewiesen und aufgefordert, dasselbe recht zahlreich zu besuchen. Ferner wurde beschloffen, Sonntag den 28. Juli einen Ausflug nach Würzen zu machen, Abfahrt 7,30 Uhr vom Dresdner Bahnhof. Mit dem Wünsche, daß sich auch hierzu die Kollegen recht zahlreich einfinden, um mit den Würzener Kollegen ein paar gemütliche Stunden zu verleben und das Band der Solidarität fester zu knüpfen, fand die Versammlung ihren Schluss.

L. P.

**Nürnberg.** Zu dem eingeleiteten Artikel in Nr. 27 der „Gr. Pr.“, die Nürnberger Bundesmitgliederversammlung vom 26. Juni betreffend, sieht sich die unterzeichnete Verwaltung veranlaßt, folgendes richtig zu stellen: Betreffs der Kommission können wir mitteilen, daß 30 Kollegen vorgeschlagen waren, darunter auch viele zielbewußte Kollegen, jedoch fehlten letztere fast alle ab; Infolgedessen kamen nur die Kollegen in die Kommission, welche die Wahl annahm. Den Vorwurf, daß die Kommission ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei, wird dieselbe selbst zurückweisen. Betreffs der Krawallszene, daß solche in Bundesversammlungen etwas feststehendes sind, hat Einseher doch übertrieben. Wir können uns nicht erinnern, daß überhaupt seit langer Zeit Krawallszene stattgefunden, im Gegenteil war der Verlauf der Versammlungen immer ein ruhiger bis auf die letzte Generalversammlung und sind solche Krawallszene nur auf persönliche Reibereien und Gehässigkeiten zurückzuführen. Weiter schreibt der 34. Artikelsschreiber: „Ich aber sage mir, so lange die organisierten, zielbewußten Kollegen die Geschäfte der hiesigen Mitgliedschaft nicht in Händen haben, so lange wird überhaupt kein gesunder Zug hier am Orte zum Vorschein kommen.“ Wir nennen dieses Gebahren gelinde gesagt — unverfroren. Die Verwaltung hat die Aufgabe, nach den Statuten zu handeln und werden dieselben gewissenhaft gehandhabt. Neues kann nur eine Generalversammlung, aber keine Ortsversammlung bringen, daher wird dieser Vorwurf von der Verwaltung entschieden zurückgewiesen. Im übrigen scheint der 34. Artikelsschreiber in Bundesangelegenheiten noch ziemlich grün zu sein, sonst müßte er wissen, daß die Verwaltung der hiesigen Bundesstelle zur Zeit zu 2/3 aus organisierten Mitgliedern besteht. Wir aber sagen uns, daß durch solche, teilweise falschen Veröffentlichungen nach keiner Richtung hin nützen, sondern nur der Organisation schaden, indem infolgedessen der Organisation viele den Rücken kehren, was wir nur bedauern können. Nürnberg, den 18. Juli 1895. Die Verwaltung des Deutschen Eisenbundes in Nürnberg J. A.: Joh. Wg. Boettel, 1. Vorsitzender.

**Nürnberg.** Die im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Mittwoch, den 17. Juli, zu einer öffentlichen Versammlung in den „Centralhallen“ eingefunden, um sich über ihre rückwärts-schreitende Lage zu besprechen, und Mittel und Wege zu finden, durch welche dieselbe wieder gehoben werden kann. Die Versammlung war gut besucht und wählte als Vorsitzenden Photograph Schmidt. Das Referat hatte Buchbinder Joseph übernommen, welcher an der Hand neuerer Statistiken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen den Anwesenden klar vor Augen stellte. Der Referent stellt fest, daß die Löhne der Lithographen denen der Tagelöhner bald nahe stehen. Trotzdem betrachteten sich viele derselben noch als „Künstler“. Der Durchschnittslohn beträgt 20 Mk. und fällt herab bis auf 8 Mk. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 11 Stunden. Stein-drucker sind im Verhältnis besser bezahlt. Hier beläuft sich der Durchschnittslohn auf 22 Mk., fällt jedoch bis auf 8 Mk. Die Arbeitszeit ist zum größten Teil eine 9 stündige. Die niedrigsten Löhne beziehen die Hilfsarbeiter. Hier kann man sagen: niedrigen Lohn, lange Arbeitszeit. Auch die Hilfsarbeiterinnen werden sehr schlecht entlohnt. 66 Proz. sind organisiert. Weder geht dann aber zur Buchbinderbranche und hebt hervor, daß bis vor kurzem nur 8 Proz. organisiert waren. Der Lohn ist zwischen 10 und 15 Mk. berechnet. Die Arbeitszeit beträgt 10 und 11 Stunden. Die Behandlung der Arbeiter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Der Referent nagelte hier die „wirklich humane Behandlungsweise“ des Werkführers Leich in der Wienerischen Kunst-anstalt fest. Es würde zu weit führen, wollte ich in meinem Bericht alle Punkte über die Behandlung, die sich dieser Herr speziell gegen seine weiblichen Untergebenen erlaubt, anzuführen, ich will nur bemerken, daß nach den Schilderungen des Referenten, die Behandlungsweise eine geradezu skandalöse zu nennen ist. Die Ausführungen über diesen Herrn wurden von der Versammlung nach Gebühr gesehnt. Der Referent schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an diejenigen, welche noch nicht organisiert sind, sich den Gewerkschaften (Verein graph. Arbeiter und Arbeiterinnen und Verband der Buchbinder) anzuschließen. — In der Diskussion empfahl Stein-drucker Leich gleichfalls den Anschluß an die Gewerkschaften, denn nur durch diese sei eine Besserung zu erzielen. — Buch-drucker Neuwinger schildert die Lage im Buchdruckgewerbe, woraus ersichtlich war, daß dieselbe auch nicht so gut genannt werden kann. Der Referent betätigte ferner die Ausführungen des Referenten betreffs „humaner Behandlung“ des Werkführers Leich und forderte speziell die Arbeiterinnen auf, einzutreten in die Reihen der Gewerkschaften, wo sie Gelegenheiten haben, etwaige Zustände anzudeuten. — Buchbinder Neuwirth brachte Beispiele über Behandlungen seitens kleinerer Chefs zur Sprache und zog hieraus den Schluss, daß nur die Gewerkschaften im Stande sind, Wandel zu schaffen. — Hierauf ergänzte der Referent in seinem Schlusswort seine Ausführungen noch mit wenigen Worten, worauf der Vorsitzende alles Gesagte noch einmal recapitulirte und dann nach einstimmiger Annahme folgender Resolution den Schluss der Versammlung veränderte.

„In Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den graphischen Gewerben immermehr sich verschlechtern und die Ausbeutung der Arbeiter und Ar-

beiterinnen in den hiesigen Kunstzweigen immer intensiver betrieben wird, fordert die heutige Versammlung nicht nur die gelehrten Arbeiter, sondern speziell die Hilfsarbeiter und die Arbeiterinnen auf, sich den bestehenden Arbeiter-Organisationen anzuschließen, um dadurch eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen.“ O. R.

**Litterarisches.**

**Die Hefte 30, 31, 32, 33 und 34 des Volksfreihon,** herausgegeben von Emanuel Baum, Verlag von Wörlin u. Komp., Nürnberg, sind erschienen und enthalten folgende größere Artikel: Doch (Baumwolle für Schiffahrtszwecke), Doldeblütige (Pflanzenfamilie), Domäne Drehblätter (Pflanzenfamilie), Eichen, Saurier (Reptilienordnung), Ecuador, (Freistaat in Südamerika), Edelmetalle, Edelsteine, Eingeweide (mit Abbildung), Einigungsämter (gewerbliche Schiedsgerichte), Einkommensteuer (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hamburg, Oesterreich etc.), Eisen, Eisenbahnen (äußere Geschichte und Entwicklung, Eisenbahnarbeiter, Beamte etc.), Elefanten, Elektrizität, Encyclopaedie, Enquete, Entwicklungsgeographie mit zahlreichen Abbildungen, Erde, Erfindung und Entdeckung (mit Erfindung-Tabelle), Ernährung, Ethik, Ethos, Ethnographie. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Verikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolporture etc. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungs-Katalog unter Nr. 7089 im bayerischen Postzeitungs-Katalog unter Nr. 772 eingetragen.

**Briefkasten des Vorstandes.**

**Fürth:** Auf Ihre Anfrage im Versammlungsbericht in Nr. 27, wo sie anfragen, warum wir die Buchbinder nicht einladen haben, können wir nur sagen, daß es keinen nennenswerten Zweck gehabt hätte, denn sollten wir die Buchbinder einladen um ihnen wissen zu lassen, daß wir uns von den Organisationen der Buchbinder und Buchdrucker noch weiter entfernen, daß können selbige ebenjotat lesen, als noch Kosten für einen Delegierten ausgeben. Die Buchbinder haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und die Preisunterstützung erhöht, unsere Organisation hat die Arbeitslosenunterstützung fallen lassen und die Preisunterstützung ermäßigt darin liegt das noch weiter Trennen als bisher. Daß der Vorstand für ein engeres Band aller graph. Arbeiter ist, weiß wohl jeder, leider aber fehlt es an der genügenden Unterstützung von Seiten der Mitglieder in dieser Frage.

In dem Artikel heißt es ferner: „Die Buchbinder waren so fortdial und hatten den Verein der Lithographen und Stein-drucker zur Generalversammlung eingeladen“. Nun, wenn es die Fürther nicht wissen, wir waren ebenso fortdial. Als der Gewerkschaftsfongreß stattfand, sprachen wir uns dahin aus, daß wir uns gegenseitig auf den stattfindenden Generalversammlungen einladen, daß ist gechehen wenigstens unsere Organisation und die der Buchbinder hat es befolgt. Die Buchbinder, Buchdrucker und Tapeten-drucker etc. sind auf der Berliner Generalversammlung eingeladen und erschienen und zur später stattfindenden Buchbinder-versammlung wurden wir eingeladen und sind erschienen. Im übrigen war es doch prächtiger, wenn die Fürther ihre Wünsche uns vor der Generalversammlung unterbreitet hätten.

**Bremen:** Im Bericht aus Bremen heißt es: „Bedauerlich ist es, daß die Delegierten so leicht über die Urabstimmung hinweggegangen sind“. Dem ist nicht so, sondern die Frage der Urabstimmung zog sich wie ein roter Faden durch die ganzen Verhandlungen. Im übrigen erscheint in den nächsten Tagen das Protokoll, welches auch hierüber sowie über alle anderen Streitpunkte die nötige Aufklärung geben wird. Die Bremer selbst brauchen aber die Ablehnung der Urabstimmung nicht so sehr zu bedauern, denn die Gewerkschaft, welche die Urabstimmung eingeführt hatte, die Buchbinder, wären froh wenn sie dies wieder abgeschafft hätten. Andere praktische Beweise liegen nicht vor.

**Nürnberg:** Ueber den Versammlungsbericht der Nürndorfer Kollegen sind uns Zuschriften gegangen, zu denen sei bemerkt, daß uns der Nürndorfer Versammlungsbericht nicht im mindesten erregt hat. Allein die Erklärung, welche der Kollege Bernhardt brachte, bedarf doch wohl einer Richtigstellung, zumal selbige sich gegen die Delegierten richtet und die Thatsachen wesentlich auf den Kopf stellt. 1. waren nicht nur die Leipziger Delegierten gegen Anträge, welche aus vereinsgehehlichen Gründen abgelehnt wurden, sondern fast alle Delegierten. Das in den nächsten Tagen erscheinende Protokoll giebt hierüber Auskunft. 2. weist das Protokoll mehr als einen Antrag der Nürndorfer auf, welcher von der Generalversammlung angenommen wurde. 3. ist nicht nur ein Antrag als unwesentlich von den Nürndorfer Delegierten zurückgezogen, sondern ebenfalls mehrere. In wie weit die Delegierten gegen den Kollegen Bernhardt undudksam und voreingenommen gewesen sein sollen, ist ebenfalls aus dem Protokoll zu ersehen. Darüber ob über das Schicksal der Nürndorfer Anträge schon vorher entschieden war, beweist den Beweis der Kollege Bernhardt zu führen übrig. Thatsache ist, daß eintägige Anträge ziemlich eingehend diskutiert wurden und nach Lage der Sache, wie bei allen übrigen Anträgen, erwieber angenommen oder abgelehnt wurden. Bedauerlich ist es nur, daß jeder meint mit seinen Anträgen unbedingt das Richtige getroffen zu haben. Gewöhnlich wir uns mehr daran, daß jeder andere auch recht haben kann, dann sind derartige Auseinandersetzungen nicht nötig

Den Schlussatz mit den Papierkolbaten hat Kollege Graf schon richtig gestellt, obwohl er in seinen Ausführungen etwas sehr scharf war. Zum Schluss sagt Kollege Bernhardt: „Alle über die Nürndorfer Anträge verhandelt wurde, darüber will ich aus Vereinstinteressen nicht weiter eingehen“. Diese Mühsucht hat Kollege Bernhardt vorher nicht genommen und brauchte es jetzt auch nicht, denn das Protokoll liefert den Beweis, daß bei Behandlung der Nürndorfer Anträge die Vereinstinteressen in keiner Weise verletzt wurden.

**M. Breul-Bessau:** Mt. 1,00 erhalten, bis Ende April ist bezahl. Senden Sie den Betrag für die Folge in Preimarten.

**Baumann-Furtwangen:** Mt. 2,40 erhalten, bezahlt ist für Sie bis zur dritten Woche im Juli und je Zeit bis zur ersten Woche im Juli.

**Briefkasten der Redaktion.**

**M. G.,** Zürich. Für Abonnenten pro Zeile 10 Pf.

**Anzeigen.**

**Deutscher Genesfelder-Bund.**  
**Mitgliedschaft Leipzig.**

**Einladung**

zur Mitgliederversammlung, **Montag, den 5. August,** abends 9 Uhr, im kleinen Saale der „Flora“, Leipzig, Blindmühlenstraße. Die Tagesordnung wird noch besonders bekannt gegeben.

Der Mitgliedschafts-Vorstand.

**Der Arbeitsnachweis**

der Lithographen, Stein-drucker und Berufsangehoren **Berlin**

befindet sich **Neue Friedrichstr. 86, 1.,** Telephonamt 7, Nr. 848. Geöffnet von 8-1 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags. **Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.**

**Verein Lithographia, Nürnberg.**

Vereinslokal: „**Goldne Krone**“, Zeugnisse. **Freitag** Vereinsabend.

**Für Lithographen.**

Suche per sofort oder später einige solche, intelligente jüngere Lithographen. Solche, welche bereits für Blech-emballagenfabriken gearbeitet und im Entwerfen von Blech-embelladecors etc. gewandt sind, erhalten den Vorzug. Einweisung von Probestücken und Zeugnisabschriften erwünscht. Reise wird vergütet. Stellung dauernd. **Blechwarenfabrik Aubach.**

**Herrn Buchholz,**  
**Aubach b. Neuwied a. Rh.**

**Ehren-Erklärung.**

Die über den Stein-drucker **Herrn Louis Neumann** in **Dresden** gehönte Aechterung nehme ich hierdurch als unwahr zurück.

**Theodor Müller.**

Der Stein-drucker

**Ferdinand Mariens**

aus **Hamburg**, vom Pacher, wird vom Unterzeichneten ersucht, ihm seine Adresse mitzutheilen.

**Otto Schöne, Fehentich (Rheinland).**

**Genesfelder-Büsten**

68 cm. und 48 cm. hoch, **Genesfelder- und Gutesberg-Büsten** 18 cm. hoch, als **Zimmerornament** passend, empfiehlt **Hugo Köhning, Chemnitz,** Bisdorffstr. 43, II.

Partiebezug für Vereine billigt.

**Neu! Miether's Patent Automat. Kistenöffner. Neu!**

Riffschloßer, Zeit- und Stiftenreparatur aus feinstem Gußstahl geschmiedet, keine gegossene Massenware; die amerikanischen und englischen Fabrikate an Güte und Haltbarkeit übertreffend. Anschaffung macht sich nach kurzem Gebrauche bezahlt. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben liegen vor. Preis per Stück **Mk. 5,50** inkl. Verpackung. Agenten und Wiederverkäufer überall gesucht. **C. Miether, Hannover, M., Semmerstraße 5.**

**Photogr. Akt-Modell-Studien**

nach lebenden Modellen jeden Alters, durch Stellung und Schönheit der Modelle ausgezeichnet, empfiehlt für Künstler und Kunstgewerbetreibende. Prospekt gratis und franko. **Friedr. A. Vogelsang, Photographisches Atelier, Berlin, Bethanien-Ufer Nr. 20.**

**Für Reproduktionen**

empfehlen unsere höchstschätzbarsten **Trockenplatten (brannes Etiquett)** bei höchster Lichtempfindlichkeit absolut klar, äußerst kräftige, hart bedeckte Negative gebend. — Auch Abziehplatten und lichtempfindliche Papiere.

**Emulsionswerk Zwickau. Ernst Colby & Co., Zwickau i. S.**

# Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands.

Abrechnung des 4. Quartals vom 1. Januar bis 31. März 1895.

A. Uebersicht über Mitgliederbestand, Einnahmen und Ausgaben der Bezirksstellen.

Namen der Bezirksstellen	Mitglieder			Einnahme.										Ausgabe.						Als Vor- schuß am Orte behalten		Mitglieder								
	Bestand am letzten Quartal	Eingetretene	Ausgetretene	Kassenbeitr. laut der letzten Ab- rechnung.		Wochen- beiträge.		Ein- trittsgelder		Zu resp. Vorschuß aus der Hauptkasse		Sonstige Einnahme.		Gesamt- Einnahme		An die Hauptkasse geandt.		Reiseunter- stützung.		Verwalt.- unkosten u. sonstige Ausgaben.		Gesamt- Ausgabe.		Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.			
				Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.	Wrt.	Pfl.									
Aachen	11	—	5	3	35	24	80	—	—	—	—	—	28	15	—	—	2	25	2	—	4	25	23	90	—	—	2	14		
Altenburg	9	—	1	—	—	18	80	—	—	—	—	—	31	80	—	—	8	50	3	75	21	80	—	—	5	5	—	11		
Altersleben	12	—	1	2	30	30	20	—	—	—	—	—	32	50	—	—	3	—	—	—	25	63	6	87	—	—	2	5		
Angsburg	41	3	6	40	—	95	35	1	50	—	—	—	136	85	50	—	21	25	29	—	100	25	36	60	2	4	4	44		
Barmen	24	4	2	—	—	55	40	2	50	—	—	—	57	90	40	92	3	75	13	23	57	90	—	—	1	3	26	15		
Bayern	15	—	—	4	90	39	—	—	—	—	—	—	43	90	30	—	4	50	2	65	37	15	6	75	—	—	—	15		
Berlin	781	77	17	—	—	1366	65	54	50	—	—	—	1421	80	885	42	35	50	500	88	1421	80	—	—	89	13	773	—		
Bielefeld	15	1	2	8	55	36	20	—	—	—	—	—	47	15	17	—	7	50	2	25	26	75	20	40	—	—	4	14		
Brandenburg	23	4	6	19	20	58	90	2	50	—	—	—	80	60	45	—	4	50	1	50	51	—	—	29	60	—	5	28		
Braunschweig	14	—	1	46	35	28	80	—	—	—	—	—	75	15	20	—	14	25	1	55	35	80	39	35	2	1	12	12		
Bremen	42	1	1	30	—	102	15	—	50	—	—	—	132	65	84	45	5	25	17	95	107	65	25	—	—	1	1	43	—	
Breslau	90	8	3	—	—	168	95	4	—	—	—	—	172	95	139	80	10	50	22	65	172	95	—	—	11	8	82	—		
Bünde i. B.	9	—	1	—	—	23	—	—	—	—	—	—	23	—	22	15	—	—	—	—	85	23	—	—	—	—	2	—	8	—
Bunzlau	12	5	—	19	13	32	80	3	—	—	—	—	54	93	35	—	9	75	1	65	46	40	8	53	—	—	—	17	—	
Cassel	47	1	6	22	14	109	75	—	50	—	—	—	132	39	70	—	12	—	10	75	39	64	2	7	45	—	—	7	45	
Coblenz	7	2	1	7	57	17	60	1	—	—	—	—	26	17	—	—	7	13	1	20	8	33	17	84	1	2	7	7		
Coburg	4	1	—	—	—	5	60	—	—	10	—	—	15	60	—	—	6	75	—	55	7	30	8	30	—	—	2	3	3	
Cöln a. Rh.	26	2	3	12	23	70	10	1	—	—	—	—	83	33	50	—	10	—	7	60	67	60	15	73	2	3	26	—		
Cottbus	4	—	1	12	75	10	40	—	—	—	—	—	23	15	10	—	3	—	—	58	13	58	9	57	—	—	1	4	—	
Danzig	3	—	—	1	35	7	80	—	—	—	—	—	9	15	8	35	—	—	—	80	9	15	—	—	—	—	—	3	3	
Darmstadt	17	—	—	—	—	34	—	—	—	—	—	—	34	—	20	50	6	—	7	50	34	—	—	—	—	—	—	17	—	
Detmold	41	1	4	7	73	94	20	—	50	—	—	—	102	43	80	—	4	50	11	25	95	75	6	68	5	—	41	—		
Duisburg	9	2	2	14	49	25	50	1	50	—	—	—	41	49	10	—	12	—	2	67	24	67	16	82	—	4	9	9	—	
Düsseldorf	—	3	6	—	—	24	—	1	—	—	—	—	25	—	10	—	—	—	9	71	20	46	4	54	1	—	4	8	—	
Eberfeld	33	2	1	5	50	64	15	—	—	—	—	—	70	65	50	—	2	25	16	48	68	73	1	92	5	—	2	29	—	
Emmerich	10	—	—	7	25	22	40	—	—	—	—	—	29	65	22	—	—	—	1	—	23	—	6	65	—	—	2	8	—	
Erfurt	19	1	4	27	12	33	20	—	—	—	—	—	60	32	15	—	9	25	10	30	34	55	25	77	1	1	22	—	—	
Frankfurt a. M.	82	5	4	40	—	135	60	2	—	—	—	—	177	60	105	6	19	50	13	4	137	60	40	—	10	2	79	—	—	
Frankfurt a. O.	15	2	—	6	40	37	80	1	50	—	—	—	45	70	30	—	1	50	1	50	33	—	12	70	—	—	2	15	—	
Freiburg i. P.	7	—	—	20	11	—	—	—	—	—	—	—	20	11	—	—	—	—	—	—	—	—	20	11	—	—	—	7	—	
Fürth i. Bayern	46	5	1	30	—	115	—	4	—	—	—	—	149	—	116	20	6	—	26	80	149	—	—	—	2	3	47	—	—	
Gera	26	4	1	22	52	90	60	—	—	—	—	—	117	12	80	—	5	—	12	35	97	35	19	77	—	1	30	—	—	
Hlogau	17	1	2	—	—	41	45	—	50	—	—	—	41	95	30	—	6	—	—	95	36	95	5	—	3	2	15	—	—	
Halle	12	—	2	—	—	23	85	—	—	—	—	—	24	5	—	—	7	50	—	65	8	15	15	90	2	4	10	—	—	
Halberstadt	9	—	—	—	—	19	20	—	—	—	—	—	19	40	12	55	5	25	1	60	19	40	—	—	—	1	8	—	—	
Hamburg	114	13	5	—	—	125	40	7	—	—	—	—	136	60	62	56	24	—	50	4	136	60	—	—	5	9	118	—	—	
Hannover	173	16	8	33	70	369	—	12	—	—	—	—	414	70	283	—	28	50	72	77	384	27	30	43	8	15	174	—	—	
Heilbronn	10	1	1	61	70	22	60	—	50	—	—	—	84	80	—	—	—	—	—	40	—	40	84	40	—	—	—	—	—	
Helmstedt	8	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	15	—	12	75	—	50	1	75	15	—	—	—	5	—	3	—	—	
Höxter i. B.	8	2	1	1	56	21	80	—	—	—	—	—	24	36	17	—	5	25	—	99	23	24	1	12	—	2	9	—	—	
Jena	13	3	2	—	—	41	—	2	—	—	—	—	43	—	38	90	3	50	—	60	43	—	—	—	1	1	16	—	—	
Kerlshausen	18	3	2	11	71	43	—	2	—	—	—	—	56	71	30	—	3	75	8	59	42	34	14	37	—	—	1	22	—	
Klein-Hensburg	10	—	1	1	39	18	25	—	—	—	—	—	19	64	17	—	—	—	2	45	19	45	—	19	1	—	1	10	—	
Karlshöhe	21	5	4	9	12	53	85	2	50	—	—	—	65	47	30	—	14	25	8	20	52	45	13	2	4	7	19	—	—	
Kaufbeuren	47	1	1	—	—	103	80	—	—	—	—	—	103	80	90	84	3	—	9	86	103	80	—	—	—	—	3	45	—	—
Kiel	13	1	—	5	5	35	80	—	50	—	—	—	41	35	35	20	1	50	2	18	3	88	2	47	—	—	1	6	—	—
Köln	7	—	—	6	86	16	—	—	—	—	—	—	22	86	15	—	—	—	—	65	15	65	7	21	—	—	1	6	—	—
Koblenz	50	2	—	6	65	118	30	—	50	—	—	—	125	45	56	30	12	—	28	60	96	90	28	55	12	4	36	—	—	
Köln	22	3	3	15	—	51	40	2	—	—	—	—	68	40	38	22	6	75	3	38	48	35	20	5	1	2	25	—	—	
Königsberg	11	—	—	—	—	19	80	—	—	—	—	—	19	80	16	6	2	25	1	49	19	80	—	—	—	5	6	—	—	
Kragburg	25	4	1	20	96	54	60	1	50	—	—	—	77	6	40	—	12	—	3	97	55	97	21	9	2	3	24	—	—	
Kranichfeld	16	2	1	10	85	24	20	1	—	—	—	—	39	65	12	—	9	—	8	15	29	15	10	80	—	—	10	—	—	
Kranichfeld	14	1	1	15	80	23	5	—	50	—	—	—	39	35	—	—	7	50	1	70	9	20	30	15	—	—	1	15	—	—
Kranichfeld	129	6	4	100	—	253	95	2	50	—	—	—	356	45	211	8	15	75	29	62	256	45	100	—	9	8	122	—	—	
Kranichfeld	29	1	1	10	35	68	40	—	50	—	—	—	79	25	66	5	2	25	—	60	68	90	10	35	—	—	2	29	—	—
Kranichfeld	268	10	7	50	—	564	70	3	—	—	—	—	617	70	400	—	32	25	72	38	504	63	113	7	21	7	257	—	—	
Kranichfeld	31	—	1	24	72	67	40	—	—	—	—	—	92	12	70	—	—	—	75	3	60	74	35	17	77	2	2	28	—	—
Kranichfeld	9	—	—	28	76	14	20	—	—	—	—	—	42	96	—	—	9	—	—	1	19	10	19	32	77	2	2	5	—	—
Kranichfeld	41	1	—	3	45																									

# B. Hauptkasse.

## Einnahme

Bestand vom letzten Quartal in der Hauptkasse	Rt. 2538,95
Kassenbestand vom letzten Quartal in den Zahlstellen	1031,51
Für Wochebeiträge	7460,50
Direkt an die Hauptkasse gezahlte Beiträge	11,—
Für Eintrittsgelder, Neueintritt 174 Mitglieder à 50 Pf.	87,—
Wiedereintritt 68 Mitglieder à 1 Rt.	68,—
Für 2 extra ausgestellte Bücher, à 20 Pf.	—,40
Sonstige Einnahmen der Zahlstellen	23,95

Summa: Rt. 11221,31

## Ausgabe

Für Reiseunterstützung 800 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Tage à 75 Pf.	Rt. 605,18
28 Tage à 50 Pf.	14,—
„ außerordentliche Unterstützung	151,—
„ Satz, Druck, Papier, Redaktion und Expedition der „Gr. Pr.“	1681,10
„ Agitation	173,20
„ Verwaltungsmaterial Stempel Bücher, Formulare etc.	88,05
Verwaltungskosten der Zahlstellen	791,82
des Vorstandes	73,30
Für Porto der Zahlstellen	229,35
„ des Vorstandes	89,13
„ Vorstandssitzungen und Revisionsunkosten	30,75
„ Arbeitsnachweisunkosten	8,72
Unkosten für Rechtschutz	1,45
Schlussrate für den Brandenburger Streit	52,41
Druck und Versand der Brandenburger Streitabrechnung	80,—
Sonstige Ausgaben der Zahlstellen	303,09
Gehalt des Vorsitzenden pro 4. Quartal	450,—
Entschädigung für den Kassierer pro 4. Quartal	60,—

Als Voransch in den Zahlstellen verblieben	Rt. 4882,50
Kassenbestand am Quartalschluss in der Hauptkasse	1235,84
5102,97	

Summa: Rt. 11221,31

Berlin, den 15. Juli 1895.

Martin Mescha, Kassierer.

Für den Vorstand:

Otto Sikler, 1. Vorsitzender. Fr. Rose, Schriftführer.

Für den Ausschuss:

Hans Werthner, Vorsitzender. W. Rudolph, Schriftf.

Für die Richtigkeit die Revisoren:

H. Schäfer. E. Pöfer. Gustav Stropp.

## Der Staat und die Arbeitslosen.

Trotz allen Sträubens kann eine hohe Obrigkeit im Staate nicht umhin, sich immer und immer wieder mit der sozialen Frage zu beschäftigen. Und wenn diesen Winter auch im Reichstage unzweifelhaft zu vernehmen gegeben wurde, daß vorläufig genug an Sozialreform gelehrt worden und abzumarten sei, wie das schon Geschehene wirke: die Kot pocht gar gewaltig an die Türen der Gesetzgeber und sie können sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, daß ein unbestimmtes Gehelassen der Dinge schwere Verantwortung und schlimme Folgen in sich birgt.

Das hat man unter anderem am grünen Tische auch dadurch nachgewiesen, daß endlich Stellung zu den schon seit einer Reihe von Jahren durch Privatmittel mühselig hochgehaltenen Verpflegungsstationen genommen und einen Gesetzentwurf betreffs derselben dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitet worden ist. Daß damit für die arbeitslosen, schlechtkleideten, hungerigen Wanderer in Preußen ein gutes Werk gethan worden ist, wollen wir aber durchaus nicht behaupten. Im höchsten Falle wird meist nur das Bestehen der Verpflegungsstationen gesichert, allenfalls dem dringendsten Bedürfnis nach neuer Rechnung getragen, im übrigen aber dieselbe Methode, d. h. schablonenhafte Handhabung in der gesamten Wanderverpflegung eingeführt werden.

Wie wir schon andeuteten, ist es der Privatwohlthätigkeit resp. den Armen- oder Kreisverbänden vielfach sehr schwer oder gar unmöglich gewesen die Verpflegungsstationen hochzuhalten. Nach einer Mitteilung der Korrespondenz d. preussischen Ministeriums des Innern bestanden 1892/93 in 302 von 545 Kreisen Preußens und in einem Hohenzollern'schen Oberamtsbezirk 857 Verpflegungsstationen, deren Gesamtaufwand sich auf 1 308 000 Mark belief. Seit jener Zeit sind nicht weniger als 153 Stationen aufgehoben worden und auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Gesamtverbandes wurde allseitig erklärt, daß ohne ein Eingreifen der Gesetzgebung der Rückgang ein noch viel rascherer werden würde. Insbesondere befürchte man von dem Aufhören der Zuwendungen aus der lex Huene an die Kreise mit dem 1. April d. J. schlimme Rückwirkungen auf das Verpflegungsstationenwesen. Die preussische Regierung hatte bereits im April v. J. im Abgeordnetenhaus ihre Bereitwilligkeit zu einem gesetzlichen Vorgehen ausgesprochen, sie scheint sich aber der Zustimmung der Mehrheit des Hauses so wenig sicher gefühlt zu haben, daß sie die Sache ruhen ließ. Im Februar d. J. kam die Angelegenheit von Neuem zur Sprache; das Haus beschloß mit großer Mehrheit, eine Reihe von Petitionen um Erlass eines Gesetzes zur Fürsorge für mittellose, arbeitsuchende Wanderer der Regierung „zur Erwägung“ zu überweisen. Die Gemeindefunktion hatte die Petitionen „zur Berücksichtigung“ empfohlen, das schien der Mehrheit offenbar zu

weitgehend, woraus sich erkennen läßt, daß die Stimmung für eine gesetzliche Regelung damals wenigstens keineswegs sonderlich warm war. In der Diskussion wurde besonders von konservativer Seite über die Verpflegungsstationen recht abfällig geurteilt; sie hielten, so erklärte der Abg. Brutt, die Wanderer nicht vom Bettel und sittlichen Verfall ab und gewährten dem Unterstützten mehr, als er an Arbeit leiste. Diesen „Gründen“, von denen namentlich der letztgenannte von recht merkwürdigen sozialpolitischen Anschauungen zeugt, trat übrigens ein anderer konservativer Redner mit Entschiedenheit entgegen. Vesterer bemerkte u. a., die Stationen hätten sich nur da nicht bewährt wo die Grundzüge nicht richtig durchgeführt seien; übrigens sei eine Vorlage über die Verpflegungsstationen ausgearbeitet. Die Vorgänge auf der schon erwähnten Generalversammlung des Verbandes der Verpflegungsstationen scheinen denn endlich die Jaghaftigkeit der Regierung, die offenbar die Verantwortlichkeit für den ersten Schritt auf dem Gebiete der staatlichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur ungern übernommen hat, überwinden zu haben.

Der Entwurf selber bringt eigentlich nur in dem mit seiner Einbringung verknüpften Prinzip etwas wertvolles; im übrigen kennzeichnet er entweder das Unvermögen oder die Unlust, für die Armen der Landstraße, die Opfer unserer heutigen Produktionsform, etwas Wirksames zu leisten. Die „Leipziger Volkszeitung“ führt bei einer Kritik der Vorlage recht treffend folgendes aus:

„Was aber soll dieses gesetzliche Eingreifen bewirken? Soll es den Unglücklichen, von denen selbst die amtliche Denkschrift zugiebt, daß sich „unter den vielen Tausenden, welche jahraus jahrein die Landstraßen bedecken, ohne Frage arbeitscheue Elemente in großer Zahl befinden, aber auch in erheblicher Zahl arbeitswillige Leute, welche die Ungunst der Verhältnisse auf die Wanderstraße gewiesen hat“, eine neue Existenz, ein menschenwürdiges Dasein schaffen, das den Arbeitswilligen die erst hute Arbeitsgelegenheit, den Arbeitscheuen, über deren Verhältnis zu den anderen wir hier mit der Denkschrift so wenig rechten wollen, wie über die Ursachen, die ihre „Arbeitscheue“ verursacht haben, die Möglichkeit der Erneuerung ihrer Existenz und ihres Lebensmutes gewährleisten soll? Ach nein! Die Verpflegung, den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, wird ausdrücklich abgelehnt und als Kennzeichnung der Stationen wird angeführt, daß sie eine Zufluchtsstätte gewähren, die „den Besucher zwar in keiner Weise entwürdigt (?), aber auch nur den Erfordernissen der bescheidensten Lebenslage entspricht“. Was diese Charakterisierung aus amtlichem Munde bedeutet, liegt auf der Hand: eine zur Ernährung unzureichende rauhe Kost, erkaufte durch die Arbeit eines halben Tages, Steinetklopfen, Holzsägen u. dgl., die häufig den entkräfteten Wanderer übermäßig anstrengt, nicht selten ihn, wenn er beispiels-

weise Mechaniker, Schneider etc. ist, in seiner Erwerbsthätigkeit dauernd schädigt.

Dazu sollen die Stationen den Thatbestand zum strafrechtlichen Einschreiten gegen Arbeitscheu, Bettel und Landstreicherei, das bisher vielfach nicht in erwünschter Weise stattfinden konnte, gewähren.

Der Gesetzentwurf will die Kreise zur Errichtung der Stationen verpflichten, die Hälfte der Kosten den Provinzen auferlegen. Nach den Erfahrungen in Westfalen und Hessen-Kassau würde eine jährliche Ausgabe von 3—4 Pf. pro Kopf der Bevölkerung, für Preußen also insgesamt ca. 1 Million Mark zu erwarten sein.

Die Ausschluß- und Strafbestimmungen ergänzen den Entwurf in würdiger Weise. Ausgeschlossen sind u. a. des Landstreichens Verdächtige: „wer um Aufnahme in einer Verpflegungsstation nachsucht, es aber ohne zureichenden Grund ablehnt, in eine ihm dort angebotene Arbeitsstelle einzutreten“; welche treffliche Gelegenheit, billige Landarbeiter und gelegentlich Streiftreiber zu beschaffen. Daß die Arbeitslosigkeit, sich über seine Person auszuweiten“, im Polizeistaate als Ausschließungsgrund gilt, begreift sich, ebenso wie die Androhung der Haft gegen denjenigen, der „sich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten“.

Als Motiv des Gesetzentwurfs, der wohl wieder mit dem Mantel der christlichen Liebe drapiert werden wird, während er vom Geiste des Christentums himmelweit entfernt ist, möchten wir das Wort empfehlen: „Wir kochen breite Betteluppen“ oder vielmehr dünne. Und leider wird die Not der Zeit auch denen noch ein groß Publikum verschaffen.“

Diese Ausführungen beweisen, daß auch der Bescheidenste von dem Entwurfe nicht viel halten kann. Nur das in ihm enthaltene Prinzip hat etwas Wert. Obwohl z. B. die oben angezogene ministerielle Korrespondenz folgenden Satz enthält:

Wenn auch dem Staate nicht die Verpflichtung auferlegt werden kann, seinerseits solchen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder sie zu unterhalten, so liegt es doch nicht außerhalb der staatlichen Aufgabe, den Arbeitsuchenden in ihrem Bemühen, sich aus eigener Kraft den Lebensunterhalt zu erwerben, durch Förderung hierzu geeigneter Mittel zu Hilfe zu kommen“, also regierungseitig sich teilweise gegen Anerkennung auf Arbeit verwahrt wird, so ist andererseits aber auch wieder in der Anerkennung der Verpflichtung des Staates, dem Arbeitsuchenden behilflich zu sein, unbedingt den Anfang der Anerkennung eines Rechtes auf Arbeit entfallen.

Damit, daß man regierungseitig den Anfang auf diesem Gebiete gemacht, sind wir gleichsam in ein neues Stadium der Arbeiterfürsorge getreten. Diesen Boden wird man, gedrängt von dem um seine Rechte kämpfenden Proletariat, weitergehen und somit allmählich dazu beitragen müssen, daß unsere Forderung des Rechtes auf Arbeit voll und ganz zur Verwirklichung kommt.